

Puhlmann, Arno

Article — Digitized Version

Zur Debatte steht: Die wirtschaftliche Seite des Moskauer Berlin-Planes

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Puhlmann, Arno (1958) : Zur Debatte steht: Die wirtschaftliche Seite des Moskauer Berlin-Planes, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 12, pp. 682-683

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132728>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Debatte steht: Die wirtschaftliche Seite des Moskauer Berlin-Planes

Die Veröffentlichung der sowjetischen Noten über den künftigen Berlin-Status haben das wochenlange Rätselraten zunächst einmal beendet. Nun weiß man, welche Absichten die Sowjetunion verfolgt: Westberlin soll den Status einer entmilitarisierten freien Stadt erhalten. Über die politische Seite dieses Vorschlags braucht hier nicht diskutiert zu werden. Es scheint aber doch zweckmäßig, einmal die wirtschaftliche Problematik dieses Vorschlags herauszustellen, bevor noch auf internationalen Konferenzen darüber verhandelt wird. Es stellt sich hierbei die Frage, ob ein „Freistaat Berlin“ in der Form, wie er von der Sowjetunion vorgeschlagen worden ist, wirtschaftlich überhaupt lebensfähig wäre.

Unsere Fragestellung bedarf insofern noch einer näheren Erläuterung, als unter der „wirtschaftlichen Lebensfähigkeit“ vielerlei verstanden werden kann. Natürlich kann fast jedes Land wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen. Fallen die Zuschüsse und Kredite weg, die die Zahlungsbilanz eines Landes ausgleichen, dann erzwingt einfach die Zahlungsbilanzsituation — konstanter Wechselkurs vorausgesetzt — eine Politik der Einkommensverminderung, die die klaffende Lücke schließt. Jedes Land kann nur ein so hohes Defizit in der Zahlungsbilanz haben, wie andere Staaten bereit sind, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung des Schuldnerlandes mit Zuschüssen und Krediten zu beteiligen. Das gilt auch für Westberlin. Fallen die Zuschüsse der Bundesregierung an Berlin weg, dann müßten die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen um einen entsprechenden Betrag vermindert werden. Bei einem Gesamtvolumen des ordentlichen Haushaltes Westberlins in Höhe von rd. 2,6 Mrd. DM (für das Jahr 1957) würde eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben um den Betrag des Zahlungsbilanzdefizits, nämlich um rd. 1,3 Mrd. DM, zu Leistungsausfällen führen, die einfach untragbar sind. Eine Reduzierung der Westberliner Bezüge „von draußen“ auf das Niveau der nied-

rigen Lieferungen würde damit automatisch zu einer erheblichen Verminderung des Lebensstandards der Westberliner Bevölkerung führen. Das kann nicht Ziel und Zweck einer „Freistaat-Lösung“ sein!

Wir wollen deshalb bei der Beantwortung der Frage, ob Westberlin wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen kann, von der Voraussetzung ausgehen, daß der heutige Lebensstandard der Bevölkerung, d. h. das heutige Volkseinkommen pro Kopf, nicht sinken darf.

Die Schwierigkeit unserer Analyse liegt darin, daß man von der heutigen wirtschaftlichen Situation ausgehen, daß man also zunächst damit rechnen muß, das Volkseinkommen in einem „Freistaat Berlin“ würde ebenso hoch sein wie im heutigen Westberlin. Das erscheint bei näherer Untersuchung zumindest zweifelhaft, wenn nicht sogar ausgeschlossen. Dennoch wollen wir zunächst einmal diese Voraussetzung machen. Später soll dann auf die besonderen Schwierigkeiten eingegangen werden, denen ein „Freistaat Berlin“ ausgesetzt sein würde.

Wer deckt das Zahlungsbilanzdefizit?

Westberlins Zahlungsbilanz weist seit Jahren ein ganz beträchtliches Defizit auf. Die Importe¹⁾ von Waren und Dienstleistungen sind regelmäßig um über 1 Mrd. DM höher als die Exporte. Im Jahre 1957 beispielsweise bezog Westberlin Waren und Dienstleistungen im Werte von 6 878 Mill. DM von draußen und lieferte „nur“ im Werte von 5 612 Mill. DM, so daß sich für den gesamten Waren- und Dienstleistungsverkehr ein Defizit von 1 266 Mill. DM ergab. Von diesem Saldo entfielen 1 105 Mill. DM auf den Waren- und 161 Mill. DM auf den Dienstleistungsverkehr.

Solange Westberlin dem Währungsgebiet der Bundesrepublik angehört, ist ein solches Defizit nicht weiter problematisch. Sobald aber aus Westberlin ein Gebiet mit eigener Währungshoheit gemacht wird,

¹⁾ Unter „Importen“ und „Exporten“ sind alle Bezüge und Lieferungen aus der übrigen Welt zu verstehen, also auch die Warenumsätze mit dem übrigen Deutschland.

taucht die Frage auf, wie das Zahlungsbilanzdefizit gedeckt oder beseitigt werden soll. Noch ist von der Sowjetunion nicht deutlich ausgesprochen worden, ob die Bundesrepublik auch einem „Freistaat Westberlin“ ihre Hilfe angeeignet lassen dürfte. Die Note der Sowjetunion an die Regierung der Sowjetzone läßt jedoch eher den Schluß zu, daß ein „Freistaat Westberlin“ ausländische Hilfe nicht annehmen darf. Darin heißt es nämlich:

„Unter Berücksichtigung all dieser Erwägungen und geleitet von der Sorge, daß der Prozeß der Liquidierung des Besatzungsregimes ohne irgendwelche Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung Westberlins und ohne schmerzhaften Bruch der dort eingebürgerten Lebensformen vor sich gehen soll, würde es die Sowjetregierung unter den gegenwärtigen Bedingungen für möglich erachten, vorzuschlagen, die Berliner Frage zu lösen, indem für Westberlin der Status einer entmilitarisierten freien Stadt festgelegt wird, in deren Angelegenheiten sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten, einzumischen hat.“²⁾

Bisher ist nahezu jede Kreditgewährung einer westlichen Macht an andere Staaten von der Sowjetunion als Einmischung in dessen innere Angelegenheiten betrachtet worden. Nach dem Wortlaut der Note muß deshalb wohl befürchtet werden daß es der Bundesregierung nicht mehr gestattet werden wird, dem „Freistaat Berlin“ eine laufende Hilfe zu gewähren.

Kapazitäten reichen nicht aus

Fallen die Bundeszuschüsse fort, so müßte Westberlin, wenn der Lebensstandard der Bevölkerung erhalten bleiben soll, aus eigenen Mitteln das Defizit in der Zahlungsbilanz ausgleichen. Die Produktion der Westberliner Industrie müßte demnach so weit ausgedehnt werden, daß Westberlins Wirtschaft per Saldo zusätzliche Waren und Dienstleistungen in Höhe von rd. 1,3 Mrd. DM jährlich exportieren kann. Ist Westberlin dazu in der Lage?

Westberlin ist ein Wirtschaftskörper, der vorwiegend von der Veredelung importierter Erzeugnisse lebt. Eine zusätzliche Produktion

²⁾ Sperrung vom Verfasser.

von 1,3 Mrd. DM würde hohe zusätzliche Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten voraussetzen, so daß per Saldo nur eine bedeutend kleinere Verbesserung unserer Zahlungsbilanzsituation eintritt. Um die klaffende Lücke in der Leistungsbilanz zu schließen, müßte Westberlin sein Produktionsvolumen um ein Vielfaches des Defizits in Höhe von 1,3 Mrd. DM ausdehnen können. Experten schätzen die notwendige Produktionsausweitung auf das Zehnfache. Die Frage ist, ob Westberlin über genügend freie Kapazitäten verfügt, um einen zusätzlichen Export von Gütern und Dienstleistungen in Höhe von rund 12 Mrd. DM durchzuführen.

Auf dem Arbeitsmarkt verfügte Westberlin Ende September 1958 noch über rd. 60 000 Arbeitsuchende. Das ist, gemessen an den Verhältnissen in der Bundesrepublik, noch ein ganz beträchtliches Reservoir an Arbeitskräften. Sobald man aber die Arbeitslosen nach Gewerbezweigen aufschlüsselt, entdeckt man, daß über die Hälfte aller Arbeitsuchenden ältere Angestellte sind, die in der Industrie nicht beschäftigt werden können. Die relativ hohe Zahl der Arbeitslosen in Westberlin ist ein Struktur- und kein Konjunkturproblem. Sie beruht einfach darauf, daß die Reichshauptstadt, die nach dem Kriege den größten Teil ihrer Hauptstadtfunktionen verloren hatte, bis heute noch nicht mit dem Problem fertig werden konnte, wie man die früheren Reichsangestellten wieder in eine angemessene Dauerbeschäftigung bringen könnte. Für die Industrie standen Ende September 1958 dagegen nur noch rd. 28 000 Arbeit-suchende zur Verfügung. In den Westberliner Betrieben (einschließlich der Heimarbeiter) waren zum gleichen Zeitpunkt 867 678 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Gesamtbeschäftigung der Westberliner Industrie ließe sich demnach höchstens noch um rd. 3 % ausdehnen. Allein der Arbeitsmarkt setzt also dem industriellen Wachstum Westberlins enge Grenzen.

Was nun die Kapitalausstattung der Westberliner Industrie angeht, so liegen hier leider keine eindeutigen Angaben vor. Allein

aus der Tatsache, daß die Entwicklung der Industrieproduktion in Westberlin lange nicht so stürmisch verlaufen ist wie in der Bundesrepublik, kann man nicht schließen, daß Westberlins Industrie noch über genügend große freie Kapazitäten verfügen müßte. In Westberlin ist nämlich — da man die Kapitalausstattung der Betriebe nur immer der langsameren Nachfrageentwicklung anpaßte — auch bedeutend weniger investiert worden. Die Berliner Industrie- und Handelskammer³⁾ hat sich kürzlich auf den Standpunkt gestellt, daß auch die Kapitalausstattung der Westberliner Betriebe eine sehr starke Produktionsausweitung im Moment nicht gestattet. Die klare Antwort muß also lauten: Westberlin ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage, die Bundeszuschüsse durch eine vermehrte Eigenproduktion zu ersetzen.

Ungelöste Probleme

Schon unter der Annahme, daß Westberlins Produktionsvolumen von einer Freistaat-Lösung nicht beeinflusst werden würde, müßten wir zu dem Schluß gelangen, daß die Freistaat-Lösung für die ehemalige Reichshauptstadt unannehmbar ist. Unseres Erachtens müßten aber außerdem noch die folgenden Fakten bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines „Freistaates“ berücksichtigt werden, die die wirtschaftliche Situation noch sehr erschweren dürften:

1. Die politische Unsicherheit, die ein „Freistaat Berlin“ für die Bevölkerung mit sich brächte, würde sicherlich zu einer Abwanderung von Arbeitskräften führen. Erfahrungsgemäß wechseln gerade die Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz schneller, die besonders gut ausgebildet sind. Der Produktivitätsverlust dürfte also noch höher liegen. Weiter ist wegen der politischen Unsicherheit damit zu rechnen, daß in einem „Freistaat Berlin“ weniger als heute von Nicht-Berlinern investiert wird. Es muß deshalb befürchtet werden, daß sich das heutige Produktionsvolumen in einem „Freistaat Berlin“ nicht halten läßt.

³⁾ „Die Berliner Wirtschaft“, Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer, Nr. 49, 4. Dezember 1958, S. 1525.

2. In einem „Freistaat Berlin“ hätten die Bundesdienststellen, die heute in Westberlin arbeiten, keinen Platz mehr. Rund 20 000 Angestellte finden augenblicklich dort Lohn und Arbeit. Sie würden das „Angestelltenproblem“ auf dem Westberliner Arbeitsmarkt noch vergrößern.

3. Westberlins Erzeugnisse genießen heute im Bundesgebiet eine Umsatzsteuerhilfe. Fällt diese weg, kann das nicht ohne Einfluß auf die Produktion bleiben.

4. Die Gebühren, die für die Benutzung der Verkehrswege durch Mitteldeutschland gezahlt werden müssen, trägt für die gewerbliche Wirtschaft die Bundesregierung. Wer würde künftig für diese Gebühren aufzukommen haben? Im Haushalt eines „Freistaates Berlin“ könnten sie bestimmt nicht untergebracht werden.

5. Der Altersaufbau in Westberlin bringt es mit sich, daß unsere Stadt überdurchschnittlich an den Renten der bundesdeutschen Sozialversicherung partizipiert. In der Bundesrepublik haben nur rd. 10 % der Wohnbevölkerung ein Lebensalter von über 65 Jahren, in Westberlin sind es dagegen rd. 16 %. Müßte Westberlin seine Rentner durch eine eigene Anstalt versorgen, dann könnte eine gleich hohe Rente nur bei einem bedeutend höheren Beitragssatz garantiert werden.

6. In Westberlin herrscht, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, eine bedeutend höhere Arbeitslosigkeit als im Bundesgebiet. Im September 1958 lag die Arbeitslosenquote (Zahl der Arbeitslosen in % der Arbeitnehmer) im Bundesgebiet bei 1,7 %, in Westberlin jedoch bei 6,4 %. Heute erhalten Westberliner Arbeitslose ihre Unterstützungen aus einer bundeseigenen Versicherungsanstalt. Auch hier würde eine eigene Westberliner Institution dem „Freistaat Berlin“ neue Lasten aufbürden.

In diesen Punkten liegen zusätzliche Schwierigkeiten, deren Auswirkungen noch gar nicht übersehen werden können und die einer Freistaat-Lösung unüberbrückbare Hindernisse in den Weg legen.

Dr. Arno Puhlmann, Berlin